

Ref.IV/JgA

I. Vorlage

- ☒ zur Beschlussfassung
☐ als Bericht

Gremium Ausschuss für Jugendhilfe u. Jugendangelegenheiten

Sitzungsteil öffentlich

Datum 28.04.2006

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

Betreff
Städtischer Hort Friedrich-Ebert-Str.

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

Beschlussvorschlag

Damit der großen Nachfrage an Hortplätzen im Einzugsbereich der Friedrich-Ebert-Grundschule Rechnung getragen werden kann, wird dem Stadtrat empfohlen, die kw-Vermerke 2006 auf 2008 hinauszuschieben.

Sachverhalt

Im Jahr 2002 wurden zwei städt. Notgruppen des Hortes Friedrich-Ebert-Str. geschaffen. Untergebracht sind diese bis heute im angemieteten benachbarten Gebäude der Diakonie.

Seit September 2005 befinden sich die beiden Notgruppen in der Trägerschaft der AWO. Die städtische Einrichtung ist seitdem wieder zweigruppig.

Da vorgesehen war, dass nach Fertigstellung des Hortneubaus an der Martersäule die AWO nicht nur für zwei Gruppen die Trägerschaft hat, sondern auch eine Gruppe des städt. Hortes übernehmen soll, wurden beim städt. Hort zwei Kw-Vermerke 2006 angebracht.

Abgesehen davon, dass sich die Fertigstellung des Hortneubaus verzögert, hat sich inzwischen ergeben, dass die 100 Hortplätze in der Friedrich-Ebert-Str. nicht ausreichen. So stehen für September 2006 weitere 45 Kinder auf der Warteliste und die Eltern warten dringend auf Zusagen. Das bedeutet, will man der Nachfrage gerecht werden, die kw-Vermerke in 2006 nicht zu vollziehen und zunächst auf das Jahr 2008 hinaus zu schieben.

Räumlich kann dieser Platznachfrage dadurch gerecht werden, indem die Möglichkeit einer Anmietung der ehem. Kindergartenräume der Kath. Kirchenstiftung Christkönig möglich ist. Die Anmietung der Räume soll bis zum Bezug des Hortes an der Martersäule erfolgen (voraussichtlich April/Mai 2007); die Gruppe geht gleich in die Trägerschaft der AWO über.

Finanzielle Auswirkungen ☐ nein ☒ ja Gesamtkosten 45.000 €		jährliche Folgelasten ☐ nein ☒ ja 45.000 €	
Veranschlagung im Haushalt ☐ nein ☐ ja bei Hst.		Budget-Nr. im ☐ Vwhh ☐ Vmhh	
wenn nein, Deckungsvorschlag: Staatliche Förderung mit ca. 25.000 € und Elternbeiträge mit ca. 20.000 €			
Zustimmung der Käm liegt vor: ☐ RA ☐ RpA ☐ weitere: ☐		Beteiligte Dienststellen:	
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		☐ ja ☐ nein	
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		☐ ja ☐ nein	

II. POA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. JgA

Fürth, 11.04.2006

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
Herr Lassner

Tel.:
1510